Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

291 (13.12.1905) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 291. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 13. Dezember 1905. 25. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 8 Seiten.

Die Eröffnung des Landtags

ging gestern unter den üblichen Zeremonien vor sich. Staatsminister Dr. v. Dusch verlas folgende

Thronrede:

Seine Königliche Hoheit haben mich mit freundlicher Begrüßung des Landtags beauftragt und zum Ausdruck der Hoffnung ermächtigt, es möge der Erfolg der Beratungen und Entschließungen dieser Tagung dem Wohle des Landes förderlich sein.

Der Voranschlag für den Staatshaushalt der Budgetperiode 1906—1907 wird Ihnen nebst den Nachweisen über die finanziellen Ergebnisse der letzten Jahre unverweilt zugehen. Trotz der unverkennbaren Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich die Ergiebigkeit der staatlichen Einnahmequellen, die unter dem Einfluß der mit Beginn des Jahrhunderts eingetretenen wirtschaftlichen Krisis immer mehr zurückgegangen war, nur sehr langsam wieder gehoben.

Der Rechnungsabschluß des ersten Jahres der ablaufenden Budgetperiode läßt zwar eine Besserung der Finanzlage erkennen; sie ist aber nicht durchgreifend genug, um den seit einigen Jahren auf dem Staatshaushalt lastenden Druck völlig zu beseitigen. Von einer Fortdauer der günstigen Entwickelung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse darf man eine weitere Gesundung der Staatsfinanzen erwarten. Eine solche wird aber nur dann eintreten, wenn jene Entwickelung durch eine vorsichtige, dem Stand unserer Einnahmen sich anpassende Ausgabepolitik unterstützt wird und wenn es gelingt, die störenden Einwirkungen, die die wachsende Finanznot des Reiches auf den Staatshaushalt des Landes ausüben droht, durch eine durchgreifende Reform des Reichsfinanzwesens zu beseitigen.

Die Großherzogliche Regierung begrüßt deshalb mit besonderer Genugtuung die erneuten Bestrebungen, durch ausreichende Vermehrung der Reichseinnahmen die finanzielle Selbständigkeit des Reichs tunlichst zu stärken und gleichzeitig die finanziellen Beziehungen der Bundesstaaten zum Reich auf eine feste Grundlage zu stellen. Sie gibt sich mit den verbündeten Regierungen der Hoffnung hin, daß diese das Wohl des Reichs und seiner Glieder in gleichem Maß berührende Frage unter Hintansetzung aller Sonderinteressen im Geist nationaler Hingebung und Opferwilligkeit einer endlichen Lösung entgegengeführt werde.

Das ordentliche Budget der allgemeinen Staatsverwaltung für 1906 bis 1907 schließt mit einem geringen Ueberschuß ab. Dieses Ergebnis kann aber nur durch zwei außergewöhnliche Maßnahmen erzielt werden: Durch die Aufrechterhaltung der in der letzten Tagung beschlossenen Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer, sowie durch die Bereitstellung des größeren Teils der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse zur Deckung der vom Reiche gestundeten Matrikularbeiträge.

Die Anforderungen des außerordentlichen Etats erreichen nach Abzug der Einnahmen den Betrag von 7,6 Millionen, bleiben also hinter denen des letzten Budgets um etwa 3 Millionen zurück. Die ohnedies nicht mehr erheblichen im Betriebsfond angesammelten Ueberschüsse früherer Jahre sind größtenteils zur Erhöhung des schon längst unzureichenden, unangreifbaren Betriebsfonds erforderlich. Es muß deshalb zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben, soweit hiezu nicht die von der Amortisationskasse erwirtschafteten Zinsen zur Verfügung stehen, budgetmäßig das in dieser Kasse angesammelte Staats-Vermögen nahezu in gleichem Umfang herangezogen werden, wie dies im Finanzgesetz für 1904—1905 vorgesehen war.

Auf dem Gebiet der direkten Besteuerung harrt eine wichtige und bedeutungsvolle Aufgabe ihrer Lösung: Die Reform unserer Ertragssteuern im Sinne ihrer Umwandlung in eine Vermögenssteuer. Ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihnen demnächst zugehen. Die Großherzogliche Regierung hofft, daß das gründlich vorbereitete Werk, dessen Grundzüge Ihnen aus Denkschriften und Beratungen bereits bekannt sind, in der bevorstehenden Tagung zum Abschluß gebracht werde.

Wenn die Ertragssteuern in eine Vermögenssteuer umgewandelt werden, bedürfen auch die sich an die derzeitige Gesetzgebung über die direkten Staatssteuern anlehnenden Vorschriften der Gemeindeordnung über die Gemeindesteuern einer Aenderung. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihnen unterbreitet werden.

Dank der Besserung der wirtschaftlichen Lage hat auch der Verkehr auf den Eisenbahnen zugenommen. Die Einnahmensteigerung, die bereits in der letzten Budgetperiode eingesetzt hatte, hat bisher angehalten. Im laufenden Jahre ist freilich ein Nachlassen in der Zunahme gegenüber dem Vorjahre wahrzunehmen. Mit den Mehreinnahmen geht aber auch eine Steigerung der Ausgaben Hand in Hand, die insbesondere auf das Steigen der Materialpreise und auf die Vermehrung und Besserstellung des Personals zurückzuführen ist. Zur Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld, die in der kommenden Budgetperiode rund 25 Millionen jährlich erfordert, reicht daher der anschlagsmäßige Ueberschuß der Betriebsverwaltung nicht aus. Auch ist in den kommenden Budgetperioden ein weiteres erhebliches Wachsen der Eisenbahnschuld, insbesondere im Hinblick auf den teils in der Ausführung, teils in der Vorbereitung begriffenen Bau von Bahnhöfen und neuen Bahnen, zu gewärtigen.

Für die Wiesentalbahn ist die Einführung des elektrischen Betriebs in Aussicht genommen. Nach Abschluß der schwebenden Verhandlungen wird Ihnen noch im Laufe der Tagung eine Vorlage hierüber zugehen.

Wegen der von den deutschen Regierungen mit Staatsbahnbesitz beabsichtigten Maßnahmen behufs Herbeiführung einer größeren Wirtschaftlichkeit in der Betriebsführung, worüber die Verhandlungen noch schweben, wird die Großherzogliche Regierung mit Ihnen ins Benehmen treten.

Entsprechend der auf dem letzten Landtage erteilten Zusage wird Ihnen die Großherzogliche Regierung demnächst eine Vorlage zugehen lassen, welche die Aenderung des Gesetzes über den Elementarunterricht zum Gegenstand hat. Der Entwurf bezweckt eine erhebliche Erhöhung der Bezüge der Lehrer und Lehrerinnen, sowie die Besserung der Unterrichtsverhältnisse an den Volksschulen.

Schon seit längerer Zeit sind der Staat und die Gemeinden bestrebt, die Vorschriften über das Bauwesen im Einklang mit den geänderten technischen und wirtschaftlichen Zuständen neu zu gestalten und im Zusammenhange damit auch die Wohnungsverhältnisse der untern und mittleren Klassen fortschreitend zu verbessern. Im Verfolg dieser Bestrebungen hat es sich als wünschenswert erwiesen, daß auch einzelne gesetzliche Bestimmungen, insbesondere die des Ortsstraßengesetzes, einer Aenderung und Ergänzung unterzogen werden. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf wird Ihnen vorgelegt werden.

Ferner wird die auf dem vorigen Landtag nicht zum Abschluß gelangte gesetzliche Regelung der Berufsinteressen der sich der Heilung von Krankheiten widmenden Personen, insbesondere der Aerzte, durch erneute Vorlage des Entwurfs einer Aerzteordnung wiederum zum Gegenstand Ihrer Beratungen gemacht werden.

Im Zusammenhang mit den Verfassungsbestimmungen über die Teilnahme der Berufskörperschaften an den Wahlen zur Ersten Kammer wird Ihnen durch Vorlage eines Entwurfes über Errichtung einer Landwirtschaftskammer vorgeschlagen, die Zusammensetzung und Tätigkeit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung durch Gesetz zu ordnen.

Auf verschiedenen Gebieten der Staatsverwaltung werden Ihnen kleinere Gesetzentwürfe vorgelegt werden, die bestimmt sind, zutage getretenen Bedürfnissen zu entsprechen.

Ungeachtet der durch die knappe Finanzlage gebotenen Rücksichten ist es möglich gewesen, im Entwurf des ordentlichen und außerordentlichen Budgets wiederum beträchtliche Mittel zur Verfügung zu stellen, deren Verwendung, vielfach unter Mitwirkung der sich ihrer Kulturaufgaben stets entschiedener bewußt werdenden kommunalen Körperschaften und der zur kräftigen Entwickelung gelangten vielartigen genossenschaftlichen Organisationen, sowohl zur Hebung des wirtschaftlichen Gedeihens in Landwirtschaft und Gewerbe, Handel und Verkehr, als auch zur Förderung der körperlichen und geistigen Volkswohlfahrt bestimmt ist.

Durch die Ihrer Beschlußfassung unterliegenden Finanz- und Gesetzentwürfe ist den beiden Kammern des Landtags, welche nach der jüngst in Kraft getretenen bedeutungsvollen Verfassungsänderung heute zum erstenmal in der Gesamtheit durch Wahlen erneuert, auf eine breitere Grundlage gestellt und an Zahl vermehrt, in dem erweiterten und erneuten Landtagsgebäude zusammentreten, reiche Gelegenheit gegeben, zum Wohle des Ganzen Förderliches zu schaffen.

Möge sich die aus landesväterlichem Herzen von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog Ihren Verhandlungen entgegengebrachte Erwartung erfüllen, daß es gelingen werde, durch sachliche Arbeit auf der Allen gemeinsamen Grundlage unter Ueberwindung der trennenden Gegensätze Ergebnisse zu zeitigen, welche zur Stärkung des inneren Friedens und zur Förderung des wirtschaftlichen und geistigen Fortschritts dienen und unserer teuren Heimat wie dem großen deutschen Vaterlande zum Segen gereichen.

„Auf der Regierungsbank bloße Bureaukratie ohne Geist." Besser als mit diesen Worten des früheren nationalliberalen Abgeordneten Blunschli kann man die jetzige badische Regierung nicht kennzeichnen. Diese Thronrede ist inhaltlich geradezu armselig ausgefallen. Daß die wirtschaftliche Depression, d. h. genauer gesagt, deren Folgen noch nicht ganz überwunden sind, ist eine Binsenwahrheit. Daß man die Entwicklung zum Besseren durch eine Finanzpolitik wie die bisherige, die immer am falschen Ende „spart", gesunden kann, ist eine Auffassung, die wir nicht teilen können. Ein Blick auf die Finanzgebahrung unserer Städte, die einen ungeahnten Aufschwung sowohl in wirtschaftlicher, als kultureller Beziehung genommen haben, sollte auch endlich unsere Staatsbureaukratie davon überzeugen, daß sie mit ihrer verkehrten Sparpolitik das Uebel nur noch größer macht.

Wohin wir mit dieser „vorsichtigen Ausgabepolitik" kommen, die natürlich immer nur bei der Lösung dringender Kulturaufgaben gehandhabt wird, das zeigt nichts so deutlich, als das Elend unserer Volksschule, das beweisen unsere Eisenbahnen und die ganze Eisenbahnpolitik.

Es ist natürlich ein völliger Trugschluß, von der geplanten Reichsfinanzreform, die so ziemlich das Tollste ist, was man dem deutschen Volke in dieser Beziehung bieten konnte, irgendwelche Besserung hinsichtlich der Finanzen der Einzelstaaten zu erwarten. Was an Matrikularbeiträgen „gespart" wird, wird dem Volke auf andere, teilweise sehr schlimme Weise, abgeknöpft. Eine so schwere Schädigung der Volkswirtschaft, wie sie die neuen indirekten Steuern mit sich brächten, geht selbstverständlich an den Finanzen der Einzelstaaten nicht spurlos vorüber. Daß die badische Regierung in demselben Augenblick, wo von Reichswegen die indirekte Steuerschraube in geradezu unverschämter Weise anzuziehen versucht wird, eine Aufrechterhaltung des vom letzten Landtag vorübergehend bewilligten 20prozentigen Steuerzuschlags fordert, ist eine Zumutung, die der Landtag, wie wir hoffen wollen, entschieden ablehnt. Man gehe doch endlich dazu über, eine vernünftige **volkswirtschaftlich rationelle** Finanzgebahrung einzuführen und man hat nicht mehr nötig, durch steuerliche Mehrbelastungen die Volkswirtschaft zu schädigen und in ihrer Entwicklung zu hemmen. In solchen und anderen Maßnahmen spiegelt sich die Rückständigkeit unserer Staatsbureaukratie wieder, die sich schon lange den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen zeigt. Die Schwerfälligkeit des bureaukratischen Regierungsapparates und die völlige Unzulänglichkeit hinsichtlich solcher Maßnahmen, welche die Volkswirtschaft zu heben und zu fördern geeignet sind, hängen unserem ganzen Erwerbsleben wie ein Bleigewicht am Bein.

Der nach der Schablone F regierende Staatsbureaukratismus hat sich überlebt. Unser Regierungsapparat erfordert eine **Reform an Haupt und Gliedern,** wenn es besser werden soll.

Die angekündigte Steuerreform kann selbstverständlich erst dann eingehend geprüft und besprochen werden, wenn die bezügliche Vorlage den Landständen zugegangen ist. Daß diese Vorlage so lange auf sich warten ließ, bestätigt nur das, was wir in den vorhergegangenen Sätzen gesagt haben.

Was über die Eisenbahnen in der Thronrede gesagt wird, ist mehr als nichtssagend. Wieder wird der Versuch gemacht, mit dem Gespenst der Eisenbahnschuld die Volksvertretung einzuschüchtern. Der Direktor einer Aktiengesellschaft, der mit solchen Argumenten vor seinen Aufsichtsrat treten würde, hätte sofortige Entlassung zu gewärtigen. Hoffentlich macht der diesmalige Landtag diesem faulen Zauber ein Ende. Es ist nachgerade genug Unheil damit gestiftet worden.

Von den angekündigten Gesetzesentwürfen interessiert am meisten der über die endliche Regelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse unserer Volksschullehrer und Lehrerinnen. Ob die beabsichtigte Reform des Elementarunterrichtsgesetzes den mindesten Anforderungen, die man vom Standpunkt des Fortschritts aus zu stellen hat, entsprechen wird, ist zweifelhaft. Leider besteht auch keine Hoffnung, daß der Landtag in dieser Beziehung reformfreundlicher ist, als die Regierung. Die Nationalliberalen sind nicht gewillt, prinzipiell an den jetzigen Zuständen etwas zu ändern.

Von einer Besserstellung unserer Eisenbahnarbeiter und -Bediensteten steht in der Thronrede keine Silbe. Wir haben uns also hinsichtlich der Absichten der Regierung in dieser Frage nicht getäuscht. Das „Wohlwollen" ist eben gar zu billig und zu bequem. Wenn die Regierung aber glauben sollte, daß der Landtag diese Behandlung der im Staatsdienst stehenden Arbeiter und Beamten ruhig hinnimmt, so täuscht sie sich sehr. Diesmal wird Fraktur geredet.

Alles in allem zeigt die Thronrede, daß von der Regierung hinsichtlich des politischen wie des wirtschaftlichen Fortschritts so viel wie nichts zu erwarten ist. Es wird Sache der Volksvertretung sein, der Regierung neue Wege zu weisen. So wie heute die Regierungsgeschäfte gehandhabt werden, kann es unmöglich auf die Dauer weitergehen, wenn die Volksinteressen nicht in schwerster Weise Not leiden sollen. Wir leben in einer Zeit, die an die Männer in der Regierung höhere Anforderungen stellt, als es zu der Zeit der Fall war, wo der Staatsbureaukratismus seine Geschäfte nach Schema F erledigen konnte, ohne daß die Volkswirtschaft und die Volkswohlfahrt dabei besonders zu Schaden kamen. Eine Regierung, deren Initiative nicht einmal so weit geht, als es eine in ihrer Mehrheit kapitalistische Volksvertretung fordert, ist schlechterdings nicht fähig, die Staatsgeschäfte so zu erledigen, wie es die Interessen des Volkes und der Volkswirtschaft gebieterisch verlangen.

„Bloße Bureaukratie ohne Geist" genügt heutzutage nicht mehr.

Politische Uebersicht.

Herr Jaures und Monsieur Bebel.

Herr Jaures ist ein französischer Patriot, Bebel aber ist ein vaterlandsloser Geselle, so kann man alle Tage in der deutschen Patriotenpresse lesen.

Monsieur Bebel ist ein deutscher Patriot, Jaures ist aber ein Feind unseres teuren Frankreich, klingt es am Tage darauf aus der französischen Patriotenpresse zurück.

Die französischen Lügenpeter lassen sich ihren „Monsieur Bebel" nicht nehmen, und die deutschen Tatsachenkünstler laufen ihrem Herrn Jaures nach und werden nach jedem Fußtritt, den er ihnen versetzt hat, desto zärtlicher zu ihm.

Am Samstag hat der deutsche Reichskanzler die Rede, die Monsieur Bebel im deutschen Reichstag gehalten hatte, mit der letzten Kammerrede des Herrn Jaures verglichen. „Zu derselben Zeit," erklärte Fürst v. Bülow, „als Bebel hier in diesem unpatriotischen Sinne sprach, betonte in der französischen Kammer ein Sozialist (eben „Herr Jaures"), daß die französischen Sozialdemokraten nicht versagen werden, wenn der Ruf des Vaterlandes an sie ergeht."

Am Morgen darauf aber veröffentlichte das Pariser Journal des Debats einen Artikel, in dem die Reden des Monsieur Bebel und des Herrn Jaures gleichfalls miteinander verglichen werden. Nachdem das Journal ausgeführt, daß Monsieur Bebel der friedlichen Stimmung des deutschen Volkes Ausdruck gegeben, versendet es folgende Donnerkeile gegen Herrn Jaures:

> Bebel aber sagt nicht, daß die deutsche Regierung, wenn sie das Volk gegen seinen Wunsch zu einer kriegerischen Haltung nötigen sollte, auf den elementaren Widerstand dieses Volkes stoßen würde. Bebel sagt nicht, daß die Sozialisten sich weigern würden, ihre Soldatenpflicht zu erfüllen. Ganz im Gegenteil (!) sagt er, der deutsche Arbeiter werde sich die Frage vorlegen müssen, ob es der Mühe wert sei, das Vaterland zu verteidigen. Er ist weit entfernt von jenen dunklen Drohungen und allgemeinen Voraussagen, von der Propaganda der Tat, von der unermüdlichen antimilitaristischen Aktion, wie sie von Jaures und seinen Freunden betrieben werden. Bebels Rede beweist uns, daß die deutsche Sozialdemokratie weit überlegter und weniger abenteuerlich veranlagt ist, als der Demagogen- und Phrasensozialismus, dessen unbestrittenes Haupt Herr Jaures ist. Wie kann sich Jaures so lächerlich machen, aus der Rede Bebels eine allgemeine und entschiedene Erklärung der internationalen Solidarität herauszulesen! Hätte Bebel eine solche abgeben wollen, so hätte er Herrn Jaures sicher die Mühe erspart, sich erst als seinen Erklärer und seinen Propheten ausspielen zu müssen.

So schlägt der patriotische Blödsinn Frankreichs den patriotischen Blödsinn Deutschlands tot. So widerlegt die patriotische Lüge Deutschlands die patriotische Lüge Frankreichs, und die Blamage des Nationalismus wird international.

Badische Politik.

Zusammenschluß der Liberalen.

Die nationalliberale und demokratische Fraktion, sowie der Abgeordnete Fréhauf sind zum Zwecke des Zusammengehens bei der Konstituierung des Hauses und bei Bildung der Kommissionen, sowie behufs gemeinschaftlicher Beratung wichtiger, den Landtag beschäftigender Fragen, insbesondere auf kulturellem Gebiete, zu einer liberalen Vereinigung zusammengetreten.

Die Wahl in Bruchsal-Stadt

ist nun ebenfalls angefochten worden. Es sollen in verschiedenen Bezirken Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein, oder besser gesagt, das Wahlgeheimnis wurde nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise gewahrt, was durch Zeugen nachgewiesen werden kann.

Das Elend der badischen Volksschule

findet durch die nachfolgende Schilderung der Schulzustände in Ottersdorf wieder eine drastische Beleuchtung. Man schreibt uns aus dem genannten Orte:

Traurige Zustände herrschen an unserer hiesigen Schule. Zurzeit besuchen ca. 200 Kinder die hiesige Volksschule. Seit 14 Tagen werden dieselben von einem Hilfslehrer unterrichtet, da die beiden Hauptlehrer erkrankt sind und Ersatz für dieselben nicht gestellt ist. Nun hilft der Ortsgeistliche die Woche zwei- bis dreimal aus. Daß der Hilfslehrer nicht den sämtlichen acht Schulklassen, so wie es sich gehört, Unterricht erteilen kann, liegt ja nur zu klar auf der Hand. Morgens und mittags je vier Klassen zu unterrichten und bei einer so großen Schülerzahl, das ist eine Zumutung, die man einem Lehrer nicht stellen sollte. Wenn ein Gendarm erkrankt wäre, so würde der Staat zweifellos sofort Ersatz dafür stellen. Auf die Volksschule aber nimmt man so viel Rücksicht nicht. Natürlich kann bei den derzeitigen hiesigen Schulzuständen von einem auch nur einigermaßen befriedigenden Unterricht gar keine Rede sein. Bemerken möchten wir noch, daß der erste Hauptlehrer, seit er hier ist, mit einem chronischen Nervenleiden behaftet ist. Trotzdem aber hat man nichts getan, um rechtzeitig für den notwendigen Ersatz zu sorgen. Die Volksschule ist eben das Aschenbrödel des kapitalistischen Klassenstaates.

Zur Geschichte der „launischen" Illinger Kirchenuhr

schreibt man uns noch:

So harmlos, wie der Bad. Beobachter die Geschichte von der „launischen" Illinger Kirchenuhr erzählt, ist sie nicht. Jeder Ortskundige weiß, daß wenn der Meßner von 5 Minuten spricht, ohne weiteres das doppelte angenommen werden muß. 10 Minuten langen aber hier nicht. Wir haben nach an Ort und Stelle eingezogenen Informationen die Erfahrung gemacht, daß der Meßner den Artikel im Beobachter nicht verfaßt hat, über so viel Witz verfügt der Illinger Meßner nicht. Wurde ihm doch schon von einer Seite aus, die den Meßner sehr gut kennt, attestiert, daß nicht viel mit ihm los sei. Und nun soll der Herr auf einmal so witzig geworden sein, daß er gar die Kirchenuhr mit einer alten Jungfer vergleicht. Gerade dieser Vergleich deutet auf die Spur des wahren Verfassers. Die Illinger Uhr ist übrigens gar nicht so launisch. Bei richtiger Bedienung pflegt sie auch richtig zu gehen. Sie wird nur dann „launisch", wenn gewisse Leute „launisch" sind. Hätte man

an dem Donnerstag, an welchem die Wahl stattfindet, die Uhr nicht morgens schon „launisch" werden, sondern ruhig ihren Gang gehen lassen, dann hätte man sie nicht nach Eröffnung der Wahl vorzurichten brauchen. Die Illinger Uhr aber hat sich offenbar nach den „Launen" eines Mannes zu richten, der sich allmächtig in der Gemeinde dünkt. Wozu hat man denn die öffentliche Uhr? Doch nicht dazu, damit ein Einzelner sie richten lassen kann, wie es ihm gerade beliebt.

Hoffentlich sorgt der Landtag dafür, daß die Uhr am Wahltag nicht mehr „launisch" wird.

Auch ein Nationalliberaler.

Der preußische nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Schiffer, der auch gerne Reichstagsabgeordneter werden möchte, sagte in einer vor einigen Tagen in Greifswalde gehaltenen Rede u. a. folgendes:

Es widerspreche den Grundsätzen des liberalen Programms, wenn man irgendwie mit den erbittertsten Feinden des nationalen und liberalen Prinzips paktiere. Er bedaure auf das tiefste das Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten bei den badischen Landtagswahlen. Wenn auch aus taktischen Gründen dieser Block einer gewissen Berechtigung nicht entbehre, so müsse er persönlich jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie rundweg ablehnen. In Preußen seien die Nationalliberalen diesem Prinzip stets gefolgt, obgleich sie durch Leihhilfe bei der Wahl zugunsten eines Sozialdemokraten sich 10 Mandate hätten sichern können. Diesen Verstoß gegen die politische Moral hätten sie aber nicht gemacht. Ein Zusammengehen mit den Freisinnigen sei ihnen ebensowenig möglich, weil diese ein dauerndes Bündnis mit den Sozialdemokraten anstrebten.

Wenn man in der nationalliberalen Partei noch etwas auf politische Moral halten würde, dann müßten diejenigen, die liberal sind, entweder aus der Partei austreten, oder sie müßten den Ausschluß aller reaktionären Elemente aus der nationalliberalen Partei fordern. Weder das eine noch das andere aber geschieht, und so bleibt die nationalliberale Partei, was sie immer war, ein innerlich korrumpiertes Parteigebilde, das den Liberalismus mit jedem Tage mehr in Mißkredit bringt. Diejenigen, die sich nicht aufzuraffen vermögen, aus den tatsächlich in der nationalliberalen Partei herrschenden traurigen Zuständen die Konsequenzen in der einen oder anderen Richtung zu ziehen, machen sich dadurch mitschuldig an dem volksschädlichen Treiben der reaktionären Elemente à la Dr. Schiffer. Hier heißt es einfach: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

Sozialdemokratische Anträge im badischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat heute folgende Anträge und Interpellationen eingebracht:

1. Interpellation über die Fleischnot:

Unter Bezugnahme auf die allgemein bekannte Tatsache, daß die Preise des Schlachtviehes, und dadurch bedingt die Preise des Fleisches im Kleinverkauf, eine bisher unerhörte Höhe erreicht haben, sodaß hierdurch eine wesentliche Einschränkung des Fleischkonsums und damit eine bedenkliche Unterernährung der unbemittelten Volksklassen herbeigeführt wird, richten die Unterzeichneten an großh. Regierung die Anfrage, welche Schritte sie bisher getan hat, der Fleischteuerung entgegen zu wirken und welche Mittel sie zu ergreifen gedenkt, um den gegenwärtigen unhaltbaren Zustand sofort und dauernd zu beseitigen.

2. Gesetzentwurf, die Aufhebung der Fleischaccise betreffend:

Einziger Paragraph.

Das Gesetz, die Besteuerung des Schlachtviehes und eingeführten ausgeschlachteten Fleisches betreffend, vom 29. April 1886, tritt mit dem 1. Jan. 1906 außer Kraft.

3. Antrag auf Gewährung von Teuerungszulagen an die unteren Staatsangestellten und Lehrer:

Hohe Zweite Kammer wolle großh. Regierung ersuchen:

1. Sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem den in Staatsdiensten beschäftigten Arbeitern, unteren und mittleren Beamten, sowie den Lehrkräften der Volksschule unter Uebernahme der hieraus erwachsenden Kosten auf die Staatskasse, vom 1. Januar 1906 bis auf weiteres Teuerungszulagen gewährt werden;
2. die hierzu erforderlichen Mittel in einem Nachtragsetat anzufordern.

4. Interpellation über die neuen Reichssteuern:

Dem deutschen Reichstag sind mit einem Gesetzentwurf über die sogenannte Reichs-Finanzreform eine Anzahl Gesetzentwürfe zugegangen, welche die Einführung neuer indirekter Steuern bezwecken. Darunter erscheint besonders belastend für die badischen Tabakbauern und Tabakarbeiter, wie auch für die Tabakkonsumenten, die geplante Tabaksteuererhöhung.

Aber auch die projektierten weiteren indirekten Steuern, und hier wieder besonders die Quittungs-, Frachturkunden-, Eisenbahnfahrkarten- und Biersteuer, greifen tief in das wirtschaftliche und geschäftliche Leben ein und stellen eine schwere Schädigung des erwerbstätigen Volkes dar.

Die Unterzeichneten richten deshalb an großh. Regierung die Frage, welche Stellung sie im Bundesrate zu diesen neuen Steuervorlagen eingenommen hat und wie sie die Interessen des badischen Volkes gegenüber der drohenden Belastung mit neuen indirekten und höchst ungerechten Steuern zu schützen gedenkt.

5. Interpellation über den Stand der Arbeiterkammerfrage:

Ist der großh. Regierung bekannt, wie weit etwaige Vorarbeiten für Schaffung von gesetzlich geordneten Arbeitervertretungen (Arbeiterkammern, Arbeitsamt) im Bundesrat gediehen sind und gedenkt sie Schritte zu tun, um die Einführung dieser wiederholt von der Zweiten Kammer geforderten Einrichtung in Baden zu beschleunigen?

6. Antrag auf Sicherung des Wahlgeheimnisses bei Gemeindewahlen:

Hohe Zweite Kammer wolle beschließen, großh. Regierung zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, mittels welchem die Gemeindewahlordnung und die Wahlordnung für die der Städteordnung unterstehenden Städte dahin abgeändert wird, daß

1. für alle Wahlen zu Gemeindekörperschaften Maßregeln zum Schutze des Wahlgeheimnisses getroffen werden, wie solche für die Wahlen zur Zweiten Kammer in Kraft sind;
2. die Wahlen selbst an einem gesetzlichen Ruhetag stattfinden und in die Zeit von vormittags 11 bis abends 8 Uhr verlegt werden.

7. Antrag auf Gewährung von Tagegeldern an Schöffen und Geschworene:

Hohe Zweite Kammer wolle beschließen, großh. Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem den Geschworenen und Schöffen neben dem Ersatz der Reisekosten auch Tagegelder gewährt werden.

Deutsches Reich.

Das Schwein im Reichstag.

Mit dieser schönen Ueberschrift versieht die Welt am Montag ihren Artikel über die Fleischnot-Interpellation, der im übrigen folgende prächtige satirische Stelle enthält: Erstens gibt es überhaupt keine Fleischnot. Zweitens ist nur der Zwischenhandel daran schuld. Drittens haben die Agrarier gar keinen Profit dabei. Viertens aber ist ihnen das bischen Gewinn zu gönnen. Fünftens können wir die Grenze nicht öffnen der Seuche wegen. Sechstens öffnen wir sie doch gerade gegenüber dem angeblich verseuchtesten Rußland, weil in Oberschlesien auch das Zentrum Wähler hat. Siebentens — aber die ganze Litanei der agrarischen Widersprüche, in denen der Pod und seine Getreuen im Reichstage exzellierten, kann kein menschliches Wesen sich zu eigen machen, ohne unheilbarer Verblödung anheimzufallen." — Sehr richtig!

Die Hirsch-Dunkerschen als Schutztruppe bürgerlicher Klassenpolitik.

g. Bei der Gemeindewahl, die vor wenigen Wochen in Nürnberg stattfand, hat sich ein sehr großer Stimmenzuwachs für die Kandidaten der Arbeiterpartei ergeben, der, wenn er in der gleichen Progression fortschreitet, zu der Erwartung berechtigt, daß die Arbeiter bei der nächsten Wahl, in drei Jahren, siegen werden. Das sieht man auch im bürgerlichen Lager ein und man sieht sich jetzt nach Mitteln um, um dem vorzubeugen. Der Sieg der Arbeiterpartei kann aber nur dann aufgehalten werden, wenn es dem Gemeindeliberalismus gelingt, so viele seiner Anhänger zu bewegen, sich das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht zu erwerben, daß man mit dem sozialistischen Zuwachs gleichen Schritt halten kann. In der Bourgeoisie ist jedoch nichts mehr zu holen, da hier schon so ziemlich alles das Bürgerrecht besitzt; deshalb sah man sich anderweitig nach einer Schutztruppe um und fand sie in den braven Hirschen. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gründeten einen Verein, der den Zweck hat, den Gewerkvereinlern das Bürgerrecht zu verschaffen, diese neuen Bürger sollen dann bei der nächsten Wahl den Ansturm der klassenbewußten Arbeiterschaft abwehren.

Die Hirsche geben sich also dazu her, das Monopol der Ausbeuterklique in Nürnberg auf die Gemeindeherrschaft zu sichern und sie in ihrem Bestreben, den Arbeitern das Recht auf eine Vertretung im Rathaus zu verwehren, zu unterstützen. Dabei ist die Gemeindeverwaltung wegen ihrer sozialen Verständnislosigkeit und ihrer Arbeiterfeindlichkeit geradezu berüchtigt. Allerdings wird es auch den paar Hirschen nicht gelingen, den Sturm der Arbeiterschaft auf das Nürnberger Rathaus abzuwehren.

Ausland.

England.

Das neue Ministerium, die Neuwahlen und die Arbeiterpartei. Das neue Ministerium ist nunmehr gebildet; unter andern ist auch der bekannte Arbeiterführer John Burns in dasselbe mit eingetreten, und zwar ist ihm die Präsidentenschaft der Lokalververwaltungs-Kollegien übertragen worden. Mit Bezug auf den Eintritt von John Burns in das Ministerium hat dieser Tage der Genosse Keir Hardie in einer Versammlung in Gateshead eine wichtige Erklärung abgegeben. Er sagte, es sei notwendig, zu erklären, daß John Burns weder direkt noch indirekt innerhalb des Ministeriums die Arbeiterpartei vertrete. Diese Partei habe sich gegründet auf der Grundlage einer vollständigen Unabhängigkeit sowohl von den Liberalen als auch von den Konservativen. Ueberdies sei John Burns auch gar nicht Mitglied der Arbeiterpartei.

Der Labour Leader veröffentlicht in seiner letzten Nummer die Liste der von dem Arbeitervertreter-Komitee aufgestellten Kandidaten; ihre Zahl beträgt mit den von der sozialdemokratischen Federation und von dem Bergarbeiterverband aufgestellten zusammen 85. Das genannte Blatt meint, daß die Auflösung des Parlaments sofort nach Neujahr erfolgen und daß das neue Parlament bereits Mitte Februar zusammentreten wird.

Den Trade-Unions, die bekanntlich zu einem großen Teil an das Arbeitervertreter-Komitee angeschlossen sind, ist jetzt von dem Chef-Registrator ausdrücklich das Recht zuerkannt worden, Beiträge für parlamentarische Vertretung zu erheben. Es wird nur verlangt, daß entsprechende Bestimmungen in dem Statut Aufnahme finden, nur dann könne der Beitrag von allen Mitgliedern obligatorisch erhoben werden. Damit kommen nun die englischen Gewerkvereine in die Lage, die Arbeiterabgeordneten durch Diäten während der parlamentarischen Tagung zu unterstützen; auch der englische Staat zahlt bekanntlich den Parlamentsmitgliedern für ihre Arbeit keinerlei Entschädigung.

in dasselbe mit eingetreten und zwar ist ihm die
daß John Burns weder direkt, noch indirekt innerlage, einer vollständigen Unabhängigkeit sowohl von
Der Labour Leader veröffentlicht in seiner letzten
trägt mit den, von der sozialdemokratischen Fede-
Neujahr erfolgen und daß das neue Parlament

Zum Protest gegen die Bier- und Tabaksteuer.

Die in Betracht kommenden Industrien, die Brau- und die Tabakindustrie, die von den neuen Steuervorlagen betroffen werden, rühren sich, und vor allem sind es die Arbeiter, die zum Kampfe gegen die Neubelastung mobil machen. Zunächst tritt die Tabakindustrie auf den Plan. Wir haben schon von dem Protest der Karlsruher Tabakarbeiter berichtet. Am vorigen Sonntag fanden in den Orten Berghaupten, Haslach, Diersburg und Zunsweier gut besuchte Protestversammlungen statt, die sich mit der Tabaksteuererhöhung befaßten. Auch die Arbeiterinnen der Tabakindustrie waren teilweise gut vertreten.

Die Referate hatten die Genossen Willi und Bauer-Karlsruhe übernommen. In sämtlichen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die sich gegen jede weitere Belastung des Tabaks entschieden aussprachen. Die Resolutionen wurden den Vertretern des 6. und 7. badischen Reichstagswahlkreises übermittelt.

Für nächsten Sonntag finden sechs weitere Versammlungen statt. Für Offenburg und Umgebung nachmittags 3 Uhr im Anker, worauf wir die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, Fabrikanten, Interessenten und Konsumenten jetzt schon aufmerksam machen. (Siehe Inserat.)

Zur Belastung des Tabaks schreibt man uns ferner: Nach der Vorlage soll der Zoll auf ausländischen Tabak von 85 Mk. auf 125 Mk., die Steuer des einheimischen Tabaks von 45 auf 62 Mk. erhöht werden. Würde diese Vorlage Gesetz werden, so wäre es den Zigarrenfabrikanten rein unmöglich, künftig eine Drei- oder Vierpfennig-Zigarre herstellen zu können, auch die Fünfpfennig-Zigarre würde in Frage stehen und würde nur noch durch Einkauf billigeren einheimischen Tabaks hergestellt werden können. Die jetzige Fünfpfennig-Zigarre würde auf 6½ Pfg. zu stehen kommen. Die Folge davon würde sein, daß ein Konsumrückgang eintreten und die Produktion an Zigarren eingeschränkt werden müßte, die wieder Massenentlassungen von Tabakarbeitern nach sich ziehen würde. Auch die Tabakpflanzer würden von dieser Steuererhöhung keinen Nutzen, sondern nur Schaden haben. Denn nach einer Statistik vom Jahre 1894 sind von sämtlichen Rauchern 85 Proz. nur Raucher von billigen Zigarren, d. h. von 3, 4, 5 und 6 Pfg.-Zigarren, sodaß, wie oben angeführt, die 3 und 4 Pfg.-Zigarren ganz aus dem Handel ausscheiden würden. Mancher Raucher würde sich sagen: Ich rauche überhaupt nicht mehr! Das größte Kontingent der Raucher von billigen Zigarren stellt zweifellos die Arbeiterklasse und daß diese dazu gezwungen ist, liegt in den schlechten Lohnverhältnissen derselben. Die erhöhten Preise für Lebensmittel und das Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes würde zu ein und derselben Zeit stattfinden, und da ist es wohl jedem klar, daß die arbeitende Bevölkerung wiederum den Löwenanteil an der famosen Finanzreform zu tragen hätte.

Durch die Steuererhöhung des inländischen Tabaks würden nun die Händler und Fabrikanten versuchen, denselben so billig wie möglich dem Pflanzer abzunehmen, das wird ihnen auch gelingen; denn durch den kolossalen Rückgang des Konsums wird auch die Produktion der Zigarren bedeutend zurückgehen, und es würde dazu kommen, daß das Angebot der Pflanzer die Nachfrage bedeutend übersteigt. So werden auch die Tabakpflanzer einen guten Teil dieser Steuern zu tragen haben. Es wäre somit Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, im Verein mit den Tabakarbeitern und Interessenten gegen die doppelte Auspowerung ganz energisch Protest zu erheben.

*

Die Brauindustrie setzt gleichfalls mit der Agitation ein. Auch hier sind es die Arbeiter, welche vorangehen. Am nächsten Sonntag findet eine große Versammlung der Brauergehilfen von Karlsruhe statt.

Badische Chronik.

ō **Ettlingen,** 12. Dez. „Der Seefischverkauf seitens der Stadt wurde durch Beschluß des Gemeinderats eingestellt. Da jedoch die Nachfrage jeweils eine sehr große war, hat sich die bisherige Verkäuferin, Frau van Kempen, entschlossen, auf eigene Rechnung den Bezug und Verkauf von frischen Seefischen fortzusetzen." Diese Notiz brachten die beiden Ettlinger Blätter in ihrer Sonntagsnummer den Einwohnern zur Kenntnis und es wird in Ettlingen nicht viele Leute geben, welche beim Lesen dieser Zeilen zum mindesten nicht sehr erstaunt, ja ehrlich entrüstet waren. Niemand kann das Vorgehen des Gemeinderats in dieser Sache begreifen und auch wir könnten das nicht, wenn uns nicht zufällig von anderer Seite Aufklärung verschafft worden wäre. Es ist uns nämlich bekannt, daß im Gasthaus zum Ritter ein Gemeinderat gewaltig über die Einrichtung loszog und eine Abrechnung mit dem Bürgermeister, welcher auf eigene Verantwortung, gegen den Willen der Stadtväter (?), den Fischmarkt auf unser Verlangen hin ins Leben rief, bei der nächsten Gemeinderatssitzung in Aussicht stellte. Und siehe, der krasse Egoismus dieser Leute auf dem Rathaus hat gesiegt, der Fischmarkt wurde, trotzdem er, wie kaum anderswo, florierte, eingestellt und damit der Bürgermeister, welcher auf eigene Rechnung eine soziale Tat vollbrachte, an die Wand gedrückt. Das ist eine öffentliche Schande für die Gemeinderäte. Ettlingen besteht nicht nur aus einer Handvoll Geschäftsleute und Krämer, sondern vielmehr aus einer großen Masse Arbeiter und Handwerker und für diese Minderbemittelten, denen der Fischmarkt in städtischer Regie eine Notwendigkeit war, hätte der Gemeinderat, wenn er seine Pflicht erkannt hätte, sorgen müssen; er hat aber das Interesse jener vertreten, welche auf der einen Seite nicht genug jammern und auf der andern nicht genug großtun können, das Vertrauen der hiesigen Arbeiterschaft hat er damit verloren. Diese aber, mögen sie nun Sozialdemokraten oder Zentrumsmänner sein, können aus dieser Handlung deutlich ersehen, wie man ihre Interessen hohnlächelnd mit Füßen tritt und hoffentlich werden sie bei den Gemeindewahlen im Frühjahr die Konsequenzen daraus ziehen.

Gespannt sind wir auch, welchen Standpunkt unsere hiesigen Blätter, welche ja auch immer als arbeiterfreundlich gelten wollen, in dieser Sache einnehmen werden; bis jetzt ist unter allen Wipfeln Ruh'!

Pforzheim, 11. Dez. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gelangte vor der Strafkammer Karlsruhe die Anklage gegen den 15 Jahre alten Taglöhner Heinrich Kum aus Brötzingen wegen Sittlichkeitsverbrechens zur Verhandlung. Der Angeschuldigte hatte sich im Monat September und Ende Oktober im Hause Grenzstraße 11 gegen § 176³ R.St.G.B. verfehlt. Er wurde unter Anrechnung von 4 Wochen Untersuchungshaft mit 12 Wochen Gefängnis bestraft.

— Vor wenigen Wochen wurde der Schlosser und Hausbursche Otto Mayer aus Augsburg von dem Landgericht Memmingen wegen Diebstahls mit 4 Monaten und 2 Wochen Gefängnis bestraft und heute mußte er vor der Strafkammer in Karlsruhe erscheinen, um wegen mehrerer im Monat September und anfangs Oktober hier verübter Betrügereien und wegen Unterschlagung abgeurteilt zu werden. Der Angeklagte, der bei einer Milchversorgungsanstalt als Hausbursche beschäftigt war, hatte den Geldbetrag von 3 Mk., den er für abgelieferte Milch vereinnahmt, und die Summe von 15 Mk., welche er von seinem Arbeitgeber zur Zahlung einer Rechnung erhalten, unterschlagen und für sich verbraucht, sowie, nachdem er entlassen worden war, sich bei verschiedenen Kunden seines Prinzipals Geldbeträge und Waren erschwindelt. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf eine Zusatzstrafe von 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis.

— Auf der Straße zwischen Calmbach und Calw stürzte das Automobil des Mitinhabers des Sägewerks Krauth u. Co., Otto Lerch, an einer Kurve die Böschung hinab. Herr Lerch ist tot. Der Chauffeur blieb unverletzt. Man vermutet, daß das Unglück durch Versagen der Steuerung entstand.

---

* **Wöschbach** (Amt Durlach), 12. Dez. Hier brannte die Ziegelhütte des Martin Roth nieder, wodurch ein Schaden von etwa 2000 Mk. entstand.

* **Offenburg,** 12. Dez. Die konstituierende Versammlung des Landesverbandes badischer Gemeinderechner wählte Hell-Bretten zum Vorsitzenden des Verbandes. Die nächste Landesversammlung findet in Villingen statt.

* **Triberg,** 12. Dez. Auf den Höhen des Schwarzwaldes liegt wieder bedeutender Neuschnee.

* **Waldkirch,** 12. Dez. Hier wurde eine Milchverkaufsgenossenschaft gegründet. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Preis der Milch vom 1. Januar 1906 ab pro Liter um 2 Pf. zu erhöhen, so daß er auf 18—19 Pf. kommt.

* **Freiburg,** 12. Dez. Die Fleischer-Fachausstellung ergab einen Ueberschuß von 2693 Mk. 52 Pf.

* **Eschbach** (A. Staufen), 12. Dez. Hier wurde ein Wahrzeichen aus alter Zeit, ein Baum, der auf sämtlichen Generalstabskarten verzeichnet ist und ein Alter von 300—400 Jahren hat, durch Brandlegung zerstört. Er war innen hohl und hatte einen Durchmesser von 2½ Meter. Der Baum stand am sogen. Brückle. Letzten Mittwoch, nachts, wurde von ruchloser Hand ein Feuer gelegt, wodurch der Riese total ausbrannte. Der sicheren Passage an der Straße wegen wurde er dann gefällt.

* **Basel,** 12. Dez. Der neue badische Güterbahnhof wird am 15. Dezember eröffnet.

* **Schwetzingen,** 12. Dez. Hier hat der Preis des Schweinefleisches um 4 Pf. abgeschlagen. Es kostet jetzt das Pfund 86 Pf.

* **Heidelberg,** 12. Dez. Ueber das Jagd-Unglück in Mauer ist noch zu berichten: Der im 37. Lebensjahre stehende Freiherr Bernhard von Göler begab sich bei Tagesanbruch mit einigen Forstgehilfen auf die Jagd. In der Nähe der alten Sandgrube begann das Treiben. Nachdem der Freiherr 2 Hasen zur Strecke gebracht, beauftragte er die Forstgehilfen, einen dritten angeschossenen zu verfolgen. Währenddessen stieg Freiherr v. Göler einen Rain hinauf, um besser Umschau halten zu können. Plötzlich ertönte ein Knall. In der Meinung, es sei ein weiteres Wild zur Strecke gebracht, eilte ein Forstgehilfe herbei. Dieser fand zu seinem Entsetzen den Freiherrn im Blute liegend vor. Er war ausgeglitten; offenbar entlud sich das Gewehr in der Gegend nach dem Herzen, worauf sich der Verunglückte zweimal überschlug und unten entseelt liegen blieb. Die Wunde war so groß, daß man die Hand hineinlegen konnte. Das Herz war total zerrissen. Die Leiche wurde alsbald von der Gerichtsbehörde in Augenschein genommen. Der Verstorbene hatte sich mit einem Fräulein John aus London verlobt und gedachte im Februar nächsten Jahres seine Braut heimzuführen.

* **Mannheim,** 12. Dez. Beim Zusammenstellen leerer Güterwagen am Kohlenlager der Firma Franz Haniel u. Co. geriet der verh. Taglöhner Mich. Leibold von Ludwigshafen zwischen die Puffer und erlitt eine Brustquetschung. Nach kurzer Zeit trat der Tod ein.

* **Mosbach,** 12. Dez. Möbel-Heberapparat. Herr Malermeister David Müller in Mosbach hat einen Apparat erfunden, mittelst welchem man mit Leichtigkeit die schwersten Möbel heben und fortbewegen kann. Dies bedeutet u. a. für die Hausfrau beim Reinemachen eine große Erleichterung. Das deutsche Reichspatentamt hat dem Erfinder ein D. R.-P. Nr. 165 094 erteilt. Der Apparat kommt unter dem Namen „Möbeltransporteur Frauenlob" in den Handel.

Resultate der Volkszählung.

Biederbach 1446 (m. 48), Leutershausen 1778 m. 58), Waldtirch 5175 (m. 171), Schonach 2737 (m. 197), Ihringen 3209 (m. 200), Denzlingen 1699, Theningen 1570 (m. 70), Roth 2039 (m. 22), Ichenheim 1885 (m. 118), Forchheim (A. Ettlingen) 1980 (1167), Sulzburg 1121 (w. 8), Heitersheim 1308 (m. 31).

Augsburg 93 882 oder 4712 mehr als 1900.

*

Noch einiges zur Volkszählung in der Reichshauptstadt. Die Bevölkerungszunahme Berlins ist in dem Jahrfünft von 1900—1905 keineswegs besonders stark gewesen. Das Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember beläuft sich nach den vorläufigen Zusammenstellungen, wie wir bereits gemeldet haben, auf rund 2 033 900 Einwohner. Da die Volkszählung des Jahres 1900 die Einwohnerzahl 1 888 848 ergab, so hätte die letzte Volkszählungsperiode auf einen Zuwachs von rund 145 000 gebracht. In der vorletzten Volkszählungsperiode, dem Jahrfünft 1895—1900, betrug das Plus 211 544 Personen. Noch geringer als in der letzten Periode war Berlins Bevölkerungszunahme allerdings in der vorvorletzten, dem Jahrfünft 1890—1895, wo sich nur ein Plus von 98 510 Personen ergab. Dagegen hatte das Jahrfünft 1885—1890 den sehr beträchtlichen Zuwachs von 268 507 Personen gebracht.

So große Bevölkerungszunahmen wie damals kann Berlin freilich jetzt nicht mehr haben, weil es ziemlich fertig gebaut ist. Das Gros derjenigen, die aus den Provinzen nach der Landeshauptstadt ziehen, wird heute von den Vororten aufgenommen. Auch die Verminderung des Zuwachses, die sich in der Volkszählungsperiode 1900—1905 bemerkbar gemacht hat, dürfte nicht lediglich hierauf, sondern noch auf einen anderen Umstand zurückzuführen sein. Sie erklärt sich vorwiegend aus derselben Ursache, wie die Verminderung des Zuwachses, die für die Volkszählungsperiode 1890—1895 aus den oben mitgeteilten Zahlen ersichtlich ist. Der wirtschaftliche Charakter des Zeitabschnittes nach 1900 war in manchem nicht unähnlich demjenigen des Zeitabschnittes nach 1890. Für die Industriearbeiter trat ein sehr fühlbarer Beschäftigungsmangel ein und der Zuzug nach den großen Industriezentren ließ nach.

Aus der Partei.

Konferenz des 8. bad. Reichstagswahlkreises.

A. Die am Sonntag, 10. Dezember, in Baden stattgefundene Konferenz des 8. bad. Reichstagswahlkreises war sehr gut besucht. Es waren durch Delegierte die Orte Achern, Baden, Durmersheim, Gaggenau, Kuppenheim, Muggensturm, Rastatt und Oetigheim, ferner war Langenbrand und Oos durch je einen Genossen vertreten. Genosse Sigmund vom Landesvorstand und das Agitationskomitee waren erschienen.

Beim Kassenbericht des Vertrauensmannes ist hervorzuheben, daß die Einnahmen mit dem Zuschuß vom Landesvorstand 361,62 Mk., die Ausgaben 355,36 Mk. betrugen, mithin noch ein Bestand von 6,26 Mk. zu verzeichnen ist. Beim Geschäftsbericht wurde unserem Vertrauensmanne nicht allein von den Delegierten, sondern auch vom Genossen Sigmund im Namen des Landesvorstandes der Dank für seine vielseitigen Bemühungen ausgesprochen. Genosse Sigmund betonte besonders, daß alle an das Werk gehen möchten, um unsere Organisation zu stärken.

Aus dem Bericht der Mitgliedschaften wurde ersehen, daß immer noch mehr gearbeitet werden könnte, um eine höhere Mitgliederzahl zu erreichen, aber auch, daß unbedingt für unsere Presse mehr getan werden müßte. Allseitig wurde betont, daß wohl jeder Genosse während der Landtagswahl seine Pflicht getan, daß aber auch Klage geführt wurde über den Landesvorstand, daß er die Flugblätter und Stimmzettel viel zu spät an die Mitgliedschaften abgesendet und diese dadurch in ihrer Arbeit gehemmt wurden. Daß die Saalabtreibereien in unseren schwarzen Wahlkreisen an der Tagesordnung waren, ist selbstverständlich.

Wie die Herren Seelsorger bemüht waren, ihren Ort vor dem Eindringen des roten Gespenstes zu bewahren, beweist ein Fall von Iffezheim. Als unsere Genossen daselbst Flugblätter verteilen wollten, rief der Pfarrer, da sie auf seine Aufforderung den Ort nicht verlassen wollten, Bauern vom Felde herbei und befahl ihnen, unsere Genossen mit Bengeln aus dem Orte zu jagen.

Auch standen uns in unserem Kreis sehr wenig agitatorische Kräfte, meist nur Genosse Müller von Lichtenthal, zur Verfügung, der vollauf seine Schuldigkeit getan hat. Es ist deshalb mit Freuden der Wunsch des Genossen Lutz zu begrüßen, daß wir dafür sorgen möchten, junge Genossen agitatorisch auszubilden, um bei etwaigen Wahlen Referenten zu haben.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: Agitation und Organisation, wurde der Antrag Badens, daß künftig jede Organisation in den Landtagswahlkreisen einen Vertrauensmann wählt, welcher mit dem Vertrauensmann des Reichstagswahlkreises bei Reichstagswahlen in Verbindung treten soll, angenommen.

Es ist dies um so wünschenswerter, als dadurch die Einteilung eine geregeltere wird und die Arbeit besser von statten geht; denn es waren bei der diesjährigen Wahl Unregelmäßigkeiten zu verzeichnen. Hingewiesen wurde auch auf die Erwerbung des badischen Staatsbürgerrechts.

Beim Punkt Anträge weist der Vertrauensmann Kling auf die in Karlsruhe nächstens stattfindende Konferenz und bittet, etwaige Anträge baldigst einzusenden. Genosse Sigmund betont auf Befragen, daß die Konferenz doch stattfindet, da der Landesvorstand auf dem Standpunkt steht, daß auf dem Parteitag wichtige Punkte auf der Tagesordnung seien und zur Beratung des Organisationsstatuts keine Zeit mehr übrig bleibe. Rastatt bleibt Vorort. Auch findet dort die nächste Konferenz statt. Der Vertrauensmann ermahnte zum Schluß die Delegierten, tatkräftig zu agitieren, um die Stärkung der Mitgliederzahl und mehr Abonnenten für den Volksfreund zu gewinnen.

Konferenz zur Vorberatung der Organisationsänderung.

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben: Die vom Landesvorstand für nächsten Sonntag berufene Konferenz der Kreisvertrauensmänner und Vorsitzenden der großen Vereine findet mittags 12 Uhr im Restaurant Goldener Adler, Karl-Friedrichstraße, Karlsruhe, statt. Diese Stunde ist gewählt worden, um den Genossen aus dem Oberlande zu ermöglichen, früh erst wegzufahren und doch noch zurecht zu kommen.

Es ist von einigen Seiten Einspruch gegen die Konferenz erhoben worden mit dem Hinweise darauf, daß sie überflüssig sei und unnötig Geld koste. Das alles hat der Parteivorstand reiflich erwogen, mußte aber bei seinem Beschluß bestehen bleiben. Es handelt sich darum, einen Entwurf für die Organisationsänderung herzustellen, an dem die Kreisvertrauensmänner als die maßgebenden Organe der Organisationen im Lande mitwirken, denn wenn man die Kreisorganisation ändern will, muß man doch zunächst die Leiter dieser Organisation hören. Der in der Konferenz zustande kommende Entwurf wird sofort veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Der Parteitag wird aller Voraussicht nach am 3. und 4. Februar stattfinden — früher geht es wegen der Berichterstattung über den Volksfreund unter keinen Umständen, wenn man nicht zwei Parteitage abhalten will. Die Genossen haben also ca. 6 Wochen Zeit, die Vorschläge zur Organisationsänderung zu diskutieren und Abänderungsanträge vorzubereiten. Diese Möglichkeit wäre ausgeschlossen, wenn der Landesvorstand, wie auch vorgeschlagen wurde, die Vertrauesmänner am Tage vor dem Parteitag zusammenberufen hätte.

Die Genossen werden also gebeten, recht zahlreich zu der Konferenz zu kommen; besonders eingeladen sind die Kreisvertrauensmänner, die Vorsitzenden der großen Vereine und die Land- und Reichstagsabgeordneten. Zutritt aber haben selbstverständlich auch andere Genossen.

*

Der Stadtrat von Mannheim und der Antrag Frank. Der Stadtrat hat es abgelehnt, der vom Bürgerausschuß beschlossenen Resolution Folge zu geben und für die Opfer des russischen Massenmordes 3000 Mk. zu bewilligen. Der Stadtrat gäbe, so heißt es im offiziellen Stadtratsbericht, seinem warmen Mitgefühl über die unverschuldete Notlage so vieler, durch die politischen und sozialen Wirren ins Unglück gekommenen russischen Einwohner Ausdruck, müsse aber sowohl der Konsequenzen wegen als angesichts der in der ganzen Bürgerschaft durch die derzeitige Sammlung zum unzweideutigen Ausdruck gekommenen Teilnahme, ferner bei der Schwierigkeit, eine für Russen ohne Unterschied der Konfession bestimmte Spende bei den heutigen Zuständen sofort in die richtigen Hände gelangen zu lassen, ablehnen, eine Spende aus städtischen Mitteln zu bewilligen.

Diese schöne Sympathie nützt den Russen gar nichts; sie müssen Taten sehen.

Reichstag.

Berlin, 12. Dez.

10. Sitzung.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Am Bundesratstische die Staatssekretäre Graf Posadowsky, Frhr. v. Richthofen, Frhr. v. Stengel und v. Tirpitz, ferner Erbprinz zu Hohenlohe und die Minister v. Einem und Frhr. v. Rheinbaben.

Die gestern zurückgestellte Abstimmung wird von der Tagesordnung abgesetzt und der Etat weiter beraten.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Wirtsch. Ver.) betont die deutsche Friedensliebe und lenkt die Aufmerksamkeit auf die im schweren Kampfe stehenden Volksgenossen in Oesterreich-Ungarn und in den russischen Ostseeprovinzen. Er empfiehlt, die gesamten Reichsschulden durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer abzustoßen. Seine Partei könne nicht alle vorgeschlagenen Steuern bewilligen; es gebe doch noch andere, wie die Wehrsteuer, Reichseinkommensteuer, Steuer aus Wertzuwachs, Ausfuhrsteuer für Kali, schärfere Börsensteuer usw. Der Redner greift dann in längeren Ausführungen die Sozialdemokratie an und fordert die bürgerlichen Parteien zum Zusammenschluß gegen den Umsturz auf.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky:** Zu Beginn der Verhandlungen ist den verbündeten Regierungen der Vorwurf gemacht worden, sie hätten rücksichtslos gegen den Reichstag gehandelt, indem sie die letzte Session zu früh schlossen. Nun ist es seit 1896 das zweite Mal, daß außer dem Schlusse der Legislaturperiode ein Schluß der Session erfolgte, während sonst Vertagung eintrat. Das Recht der Diskontinuität der Verhandlungen ist aber ein wichtiges monarchisches Recht der Krone. Aus dem gegen sie erhobenen Vorwurf sieht man, wie gefährlich es ist, wenn stillschweigende Rechte der Krone nicht wahrgenommen werden. Was ist andererseits durch den Schluß des Reichstags sachlich geschehen? Das Militärpensionsgesetz war überhaupt erst in wenigen Paragraphen vorlanden; es geht Ihnen in der von Ihnen gewünschten Fassung wieder zu, ebenso die Maß- und die Gewichtsordnung und das Börsengesetz. Es ist unmöglich, daraus, daß die Regierung von ihrem Rechte Gebrauch gemacht hat, den Vorwurf abzuleiten, daß sie einen sachlichen Schaden der Beratung hervorgerufen hat. Für die Gewährung von Tagegeldern sprechen wichtige Gründe. Dagegen aber stehen sehr schwerwiegende politische Erwägungen. Für eine ganze Reihe von Mitgliedern des Reichstages haben die Tagegelder gar keine wirtschaftliche Bedeutung. Der Absentismus ist hauptsächlich darin begründet, daß die Abgeordneten auch von anderen Körperschaften in Anspruch genommen sind. Es kommt darauf an, wie in den gesetzgebenden Versammlungen den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes genügt wird und wie die Gesetze ausgeführt werden.

Die Stellung des Bundesrats wird vielfach falsch aufgefaßt; er hat die Funktion des Oberhauses wahrzunehmen. Es wurde gefragt, was wir zum Schutze der Arbeitswilligen gegen die Aussperrung durch die Unternehmer zu tun gedenken. Der Redner erinnert die Sozialdemokraten an die fortgesetzten Aussperrungen von Arbeitern durch ihre Mitarbeiter, weil sie ihren Organisationen nicht angehören. Das ist ebenso eine Beschränkung der persönlichen Freiheit. Ueber die Schaffung von Arbeitervertretungen werden sich die verbündeten Regierungen schlüssig machen, sobald der Reichstag sich über die Berufsvereinsfrage entschieden hat. Gegen das Wachstum der Sozialdemokraten in Deutschland helfe kein Gesetz. Der Grund ist der, daß mit dem wachsenden Wohlstand nicht die Opferfreudigkeit der besitzenden Klassen gewachsen ist und ebenso wie die Sozialdemokratie, die auf einer materialistischen Grundlage aufbaut, auch die bürgerliche Gesellschaft materialistische Anschauungen hegt. Eine geistige Wiedergeburt, ein Läuterungsprozeß wie im 16. und 18. Jahrhundert, täte dem deutschen Volke not.

Abg. **Schrader** (freis. Ver.): Eine ähnliche Herabsetzung des Reichstags wie soeben sei wohl noch nie im Reichstag laut geworden. Für die Kolonien und die Flotte werden seine Freunde das Notwendige bewilligen.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky** betont, daß er nur die Regierung gegen Vorwürfe geschützt habe.

Abg. **v. Jagdzewski** (Pole) sieht in dem preußischen Ansiedelungsgesetz einen Widerspruch gegen die Reichsverfassung.

Abg. **v. Hodenberg** (Welfe) betont die Notwendigkeit der Erhaltung des föderativen Charakters des Reiches und deshalb auch der Matrikularbeiträge.

Abg. Dr. **Ricklin** (Els.) bedauert die deutschen und die französischen Rüstungen im Hinblick auf zivilisatorische Aufgaben, ebenso die Zustimmung des Zentrums zur Erbschaftssteuer, da die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten sein sollten. Warum zögert man, Elsaß-Lothringen zu einem vollberechtigten Bundesstaat zu machen?

Staatssekretär Frhr. **v. Stengel** betont, auf eine Reichseinkommensteuer sei nicht zu hoffen und eine höhere Bemessung der Einnahmen sei nicht möglich gewesen.

Das Haus vertagt sich auf morgen Mittag 1 Uhr: Abstimmung über das Handelsprovisorium mit England. Handelsvertrag mit Bulgarien und Fortsetzung der Generaldebatte über den Etat.

Aus dem Reiche.

Ludwigshafen, 13. Dez. Die hiesige Walzmühle A.-G., eine der bedeutendsten Großmühlen Deutschlands, ist in der verflossenen Nacht niedergebrannt. Der Schaden beträgt über 2 Millionen.

Kreuznach, 10. Dez. In der Waldemarstraße ist gestern Vormittag der beinahe vollendete Neubau eines zweistöckigen Wohnhauses eingestürzt. Die an ihm beschäftigten etwa 20 Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Köln, 11. Dez. Die rücksichtslosen Autler. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Chauffeur Theodor Höhn aus Wiesbaden wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Höhn überfuhr am 29. Mai dieses Jahres mit einem mit drei Insassen, der Besitzerin aus Wiesbaden, deren Tochter und dem Regierungsassessor von Manteuffel, besetzten Automobil den Apotheker Karl Willick aus Köln. Das Gericht erkannte auf 2 Monate Gefängnis. Es war der Ansicht, daß ein so schnell fahrendes Vehikel unbedingt bremsen und langsam fahren mußte, wenn die Fahrbahn nicht frei war, wie in dem vorliegenden Falle.

Regensburg, 11. Dez. Eine Kindesabtreibung. Vor dem Kriegsgerichte der 6. Division fand Verhandlung statt gegen den verheirateten Stabsarzt des in Amberg garnisonierenden 6. Infanterie-Regiments Ludwig Michel wegen Verbrechens wider das keimende Leben. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Stabsarzt Michel, der ein großer Jagdfreund ist, lernte gelegentlich seiner vielen Ausflüge in Pössenricht die Tochter des dortigen Wirtschaftsbesitzers Anna Purrer kennen, die im Verlauf der Dinge von dem Angeklagten in die Hoffnung kam. Um die weiteren Folgen zu verhindern, nahm Stabsarzt Michel an dem noch nicht 19jährigen Mädchen im fünften Monat ihrer Schwangerschaft einen operativen Eingriff vor. Zur Anzeige kam die Sache dadurch, daß das Mädchen, nachdem es einen Abgang erlitten und schwer erkrankte, zu einem Zivilarzte in Behandlung kam. Die Purrer wurde am 6. Dezember vom Landgericht Amberg wegen Verbrechens wider das keimende Leben zur Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt, gegen welches Erkenntnis sie aber die Revision ergriff, über welche indessen eine Verbescheidung noch nicht erfolgte. Das Urteil lautet auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis, ein Jahr Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt.

Güstrow, 10. Dez. Der betrügerische Amtsrichter. Das Schwurgericht verurteilte den Amtsrichter Paschen (Stavenhagen) wegen Fälschung öffentlicher Urkunden, Unterschlagung amtlicher Gelder und Betruges unter Zubilligung mildernder Umstände zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 13. Dez.

Der Stadtrat und die achttägige Lohnzahlung für städtische Arbeiter.

Man muß es unserem Stadtrat lassen, er ist außerordentlich findig in der Wahl der Mittel, sich nach außen hin mit dem Mantel großer Arbeiterfreundlichkeit zu drapieren und andererseits doch dafür zu sorgen, daß auch die kapitalistischen Interessen, die er als großer Arbeitgeber wahrzunehmen hat, nicht zu kurz kommen. Er hat in der jüngsten Zeit ein Stücklein geliefert, das das getreue Konterfei obiger Behauptung ist und der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf.

In der Bürgerausschußsitzung vom 21. v. Mts. wurde der sozialdemokratische Antrag auf Einführung der achttägigen Lohnzahlung durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt. Der Stadtrat war von diesem Beschlusse keineswegs entzückt. Schon in seiner nächsten Sitzung ließ er ponipös erklären, die Durchführung koste viele Arbeitsstunden und verursache eine Mehrausgabe von 15 000 Mk. Wir erklärten am nächsten Tag im Volksfreund, so klug sei der Bürgerausschuß auch gewesen, denn mit dem Antrage zugleich habe er auch die entsprechenden Kosten gutgeheißen.

Es war nun einige Zeit still. Inzwischen ist der Stadtrat auf einen Trick, den Beschluß des Bürgerausschusses unwirksam zu machen, verfallen, der einfach genial ist. Er hat nämlich sämtliche städtische Arbeiter darüber abstimmen lassen, ob sie die achttägige Lohnzahlung — wollen. Gewiß Vorgesetzte — so etwas tut verehrlicher Stadtrat nicht selbst — ließen vor der Abstimmung gesprächsweise verlauten, die oben angezogenen 15 000 Mk. kämen bei Beibehaltung der 14tägigen Lohnzahlung den Arbeitern zugute. Und welcher Lohnproletarier nimmt in der jetzigen Zeit der Fleischteuerung nicht gerne ein paar Pfennige mehr, zumal der Stadtrat den bekannten sozialdemokratischen Antrag auf Bewilligung von Teuerungszulage abgelehnt hat. Also, die Abstimmung ist wirklich im Sinne der Meinung des Stadtrats ausgefallen; zwei Drittel glaubten dem Argument mit den 15 000 Mk. und stimmten gegen die achttägige Lohnzahlung und ein Drittel war reif genug, um auch jetzt noch die achttägige Lohnzahlung für einen Fortschritt zu halten.

Der Stadtrat kann nun der nächsten Bürgerausschußsitzung die „untrügliche" Ansicht der städtischen Arbeiter vorlegen, die ja selbst nicht die achttägige Lohnzahlung wünschen; die sozialdemokratischen Anträge sind ad absurdum geführt, die Arbeiter sind der gleichen Meinung wie der Stadtrat.

So macht man städtische Sozialpolitik! Vorstehendes Geschichtchen mit allerdings sehr ernstem Hintergrund ist ein Schulbeispiel, wie man's versteht, die Arbeitervertreter durch die Arbeiter selbst zu schlagen. Aber gemach, verehrlicher Stadtrat, die sozialdemokratische Fraktion läßt so mit sich nicht spielen. Die Antwort, die gegeben werden wird, dürfte sehr kräftig ausfallen.

Stillprämien für Mütter.

Im Regensburger Gemeinderat stellte der Gemeindebevollmächtigte und Armenarzt Dr. Roscher den Antrag, der Säuglingssterblichkeit, die in Regensburg von allen deutschen Städten mit die höchste Ziffer aufweist, dadurch entgegenzutreten, daß für unbemittelte Mütter Stillprämien ausgesetzt werden. In der Begründung seines Antrages bemerkte Dr. Roscher, die nichtstillenden Mütter seien in drei Hauptkategorien einzuteilen: 1. in solche, die nicht stillen wollen; 2. in solche, die aus körperlichen Gründen nicht stillen können; 3. in solche, die aus sozialen Gründen nicht stillen. Nur den Kindern der zuletzt genannten Mütter könne der Vorteil der natürlichen Ernährung verschafft werden durch Stillprämien. Diese seien zuerst in Frankreich allgemein eingeführt worden und bestünden in der Gewährung eines wöchentlichen Zuschusses an stillende unbemittelte Mütter, die unter ärztliche Kontrolle gestellt werden müßten.

Zur Begrüßung

der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten findet heute Abend bei Möhrlein eine kleine Feier statt. Die Genossen nebst ihren Frauen sind dazu eingeladen.

* **Die Vertreter der hiesigen Arbeitervereine** (Vorstände des Gewerkschaftskartells, sozialdemokratischen Vereins, der Arbeitergesangvereine, freien Turnerschaft und Arbeiter-Radfahrer) werden hierdurch zu einer am Freitag den 15. d. Mts., abends halb 9 Uhr im Auerhahn stattfindenden Besprechung eingeladen. Das Erscheinen der Gesamtvorstände genannter Vereine ist erwünscht. Auf der Tagesordnung steht die Vorbereitung zu dem am 20. Januar stattfindenden gemeinsamen Maskenfest.

* **Verein Volksbildung.** Zu der am kommenden Sonntag im Hoftheater stattfindenden Volks-Vorstellung haben die Mitglieder der dem Verein Volksbildung angeschlossenen Korporationen das Vorrecht. Die Kartenausgabe findet am morgigen Donnerstag, abends halb 8 Uhr in folgenden Lokalen statt: im „Gold. Adler" für die Mitglieder der Gewerkschaften", im „Auerhahn" für die Eisenbahnarbeiter, in der „Wolfsschlucht" für die Mitglieder der freien Hilfskassen, im „Nußbaum" für die Mitglieder der Gewerkvereine und im kath. Volksbureau, Schützenstraße 14 für die Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine.

* **Beim hiesigen städtischen Arbeitsamt,** Zähringerstraße 112, wurden im Monat November l. J. der männlichen Abteilung 1086 offene Stellen angemeldet gegen 1403 im Oktober l. Js. und 597 im November 1904. Arbeitsuchende meldeten sich 2308 (darunter 828 sogen. Passanten) gegen 2129 im Oktober l. Js. (darunter 482 Passanten) und 2986 im November 1904 (darunter 1927 Passanten). Eingestellt wurden 914 Personen gegen 1163 im Oktober l. Js. und 533 im November 1904. Die Nachfrage nach Bauhandwerkern hat wie immer um diese Jahreszeit erheblich nachgelassen; daher war an solchen Ueberfluß vorhanden, ebenso auch an Schmieden und Schneidern. Starker Mangel war dagegen an Zieglern. In der weiblichen Abteilung wurden 154 offene Stellen angemeldet gegen 155 im Oktober l. Js. und 184 im November 1904. Die Zahl der Stellensuchenden betrug 189 gegen 232 im Oktober l. Js. und 193 im November 1904. Eingestellt wurden 146 Personen gegen 134 im Oktober l. Js. und 160 im November 1904. Die Stellenvermittlung erfolgt für Arbeitgeber (Dienstherrschaften) wie für Arbeitnehmer (Dienstboten) völlig unentgeltlich.

* **Vergehen gegen die Konkursordnung.** Der 29 Jahre alte Kaufmann Josef Schiff aus Vollmerz, zuletzt in Mannheim wohnhaft, der früher hier ein Schuhwarengeschäft betrieb und am 8. März ds. Js. in Konkurs geriet, war wegen Vergehens gegen § 240 der Konkursordnung angeklagt. Der Angeschuldigte hatte es als Schuldner, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde, unterlassen, die Bilanz seines Vermögens in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen und seine Handelsbücher, deren Führung ihm gesetzlich oblag, so unordentlich geführt, daß sie keine Uebersicht seines Vermögensstandes gewährten. Es wurde von dem Angeklagten in den für die Jahre 1900 bis 1904 aufgestellten Inventuren die schließlich auf 33 300 Mk. angelaufene Schuld an seinen Vater Mendel Schiff in Schluchtern für Darlehen und Bürgschaft nicht als Passivum aufgeführt, unterlassen, eine Strafe zur Aufnahme derjenigen Geschäftsvorgänge, die nicht in das Kassenbuch eingetragen werden, anzulegen, verschiedene Posten im Hauptbuch unrichtig eingetragen und seinem Vater für Bürgschaft bei einem Bankhause 15 000 Mk. gutgeschrieben, ohne daß aus den Büchern zu ersehen war, wann und wie die Bürgschaft bei der Bank erschöpft wurde.

Das gegen Schiff von der Strafkammer Karlsruhe erlassene Urteil lautete auf 4 Wochen Gefängnis.

* **Städtische Arbeiten.** Vergeben werden die Unterhaltungsarbeiten und Materiallieferungen für Rechnung des städtischen Tiefbauamtes für 1906 wie folgt: Schmied- und Wagnerarbeiten: für die östlichen Bezirke, für die Straßenreinigung und für die Kehrichtabfuhr an W. Löw, für die westlichen Bezirke an W. Kaltenbach, Maurer- und Zimmerarbeiten an J. F. Nagel, Pflästererarbeiten: für die östlichen Straßenmeisterbezirke I, II und III an Breidenbach und Braun, für den westlichen Straßenmeisterbezirk IV an Ferdinand Rahm in Mühlburg, Arbeiten und Lieferungen für Seiler an Wilhelm Stolz, Lieferung von Eisenwaren an L. J. Ettlinger, Lieferung von Sand: für den westl. Bezirk an Friedr. u. Wilh. Fuchs in Eggenstein, für den östlichen Bezirk an Jakob Kübler, Lieferung von Rheinkies an Nikolaus Riedel, Lieferung von Zement an Th. und O. Hessig, Lieferung von Oelen, Fetten usw. an Otto Mayer, Lieferung von Piassavabesen und Kehrmaschinenwalzen an Bernhard Müller im Stadtteil Mühlburg.

Ferner wird die Lieferung der im städtischen Krankenhaus im kommenden Jahre benötigten Lebensmittel vergeben und zwar: Ochsen-, Rind-, Kalb-, Schweine- und Hammelfleisch an Gebrüder Hensel, Schinken und Wurst an Heinrich Kärcher, Brot und Wecke an Julius Frizsch, Milch an Milchhändler Stolz, Bier und Eis an die Brauerei Friedrich Höpfner, Wein an A. Steiner, Jakob Weiß und Maier Altmann, Süßrahmtafelbutter und Eier an Butterhändler Emmel, Mehl an Karl E. Rupp, Gemüsenudeln an Fr. Leppert.

Die Lieferung von Putztüchern wird der Firma Weiß u. Kölsch übertragen.

* **Gestohlen** wurde am 10. ds. einem Schneider aus Wörth in einer Wirtschaft in der Adlerstraße ein Ueberzieher; einem Friseur ein Emailfirmenschild. Ferner einem hiesigen Metzgermeister aus der Kühlhalle des hiesigen Schlachthofes ein Kalbskopf und aus einem Haus in der Ritterstraße eine Kinderwagendecke.

Einer hiesigen Fahrradhandlung wurde von einem in Rastatt wohnenden Mechaniker der Erlös von verkauften Fahrrädern und Nähmaschinen im Betrag von 400 Mk. unterschlagen.

* **Von einem Radler angefahren.** Am letzten Sonntag Nachmittag wurde Ecke Bahnhof- und Rüppurrerstraße ein 8jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren und erlitt eine kleine Verletzung am Kopfe und Hautabschürfungen an der linken Hand. Den Radfahrer, welcher ebenfalls zu Fall kam, trifft die Schuld, da er statt auf der rechten auf der linken Straßenseite fuhr und kein Warnungszeichen gab.

Spielplan des Großherzoglichen Hoftheaters. Donnerstag, 14. Dez. C. 26. **Der Kompagnon,** Lustspiel in 4 Akten von Adolf L'Arronge. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Freitag, 15. Dez. A. 27. **Die Stumme von Portizi,** große Oper in 5 Akten nach dem Französischen des Scribe, Musik von Auber. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Versammlungsberichte.

Neuburgweier, 12. Dez. In einer gut besuchten Versammlung im Adler hier sprach Genosse Weißmann aus Karlsruhe am letzten Sonntag über das Thema: Friede den Menschen auf Erden! Redner verstand es, in klarer und verständlicher Weise den Anwesenden die Widersinnigkeit unserer heutigen göttlichen Weltordnung vor Augen zu führen. Mit größtem Interesse folgten die Zuhörer den Ausführungen des Referenten, als er u. a. auch die im Reichstag gegenwärtig zur Beratung stehenden Flotten- und Steuerpläne behandelte.

Der allseitige Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß er auch den anwesenden Gegnern aus dem Herzen gesprochen hatte. Bei der stattgehabten Diskussion meldete sich niemand zum Wort und so konnten die hiesigen Arbeiter mit Stolz auf die äußerst gut besuchte und schön verlaufene Versammlung zurückblicken.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 12. Dez. Der Kommandant der Festung Kuschka berichtet über die seit dem 25. November herrschenden Unruhen Einzelheiten, wonach im Anschluß an den Ausstand der Eisenbahn- und Telegraphenbeamten eine auch von 200 Untermilitärs besuchte Versammlung beschlossen hatte, die **Militärobrigkeit der Festung durch Revolutionäre zu ersetzen.** Darauf erfolgte die Verhängung des Belagerungszustandes und die Verhaftung der Haupträdelsführer, darunter des Ingenieurs Sokolems.

*

Der Papst gegen die Revolution.

In einem Rundschreiben fordert der Papst die Bischöfe Polens auf, durch ihre Vermittelung den Frieden wieder herstellen zu helfen. Er fordert die Katholiken Polens auf, ihren Glauben nicht nur durch Worte, sondern durch die Tat zu beweisen und sich nicht von denen beeinflussen zu lassen, die Feinde der göttlichen (?) Gesetze seien. Der Papst rühmt die Weisheit und Milde des Zaren, von dessen Freundschaft er Beweise habe. Er fordert alle Polen auf, von den neuen bürgerlichen Rechten in Treue zum russischen Reich und zur Besserung der Lage Polens Gebrauch zu machen.

Die Revolutionäre gehen über dieses Manifest mit einem Hohnlächeln zur Tagesordnung über. Thron und Altar haben sich noch immer gefunden.

Letzte Post.

Berlin, 12. Dez. Bei der heutigen **Wahl eines Abgeordneten im ersten Berliner Wahlkreise** wurde Fabrikbesitzer Hugo Gerschel (freis. Vp.) mit 603 Stimmen gewählt. Prof. Ed. Engel (freis. Vp.) erhielt 110 Stimmen, Prof. v. Wenckstern (kons.) 10 Stimmen.

Oldenburg, 12. Dez. Amtlich. Bei der am 8. Dezember stattgehabten **Reichstagsersatzwahl** im Wahlkreise 9 **Schleswig-Holstein** erhielt von 16 996 abgegebenen giltigen Stimmen Rechtsanwalt und Notar Justizrat Bockelmann (freikons.) 8871, Dr. Struwe (freis. Vp.) 4114, Zigarrenmacher Paul Weinheber (Soz.) 4003 Stimmen. Justizrat Bockelmann ist somit gewählt.

Paris, 12. Dez. Die Deputiertenkammer nimmt die Beratung der Vorlage betr. den Rückkauf der Westbahn wieder auf. Gruzy (rad. Soz.) stellt namens verschiedener Gruppen der Linken den Antrag, den Präsidenten der Kammer durch öffentliche Wahl zu bestimmen und ersucht die Regierung, die Session nicht zu schließen, ehe über diesen Antrag beraten worden sei. Benoist (kons.) protestiert gegen den Antrag, welchen er als verfassungswidrig bezeichnet. Trouillot (rad. Soz.) erklärt, daß die Regierung diesem Antrag nicht entgegentreten könne. Nach einer Erwiderung Benoist's wird der Antrag mit 286 gegen 278 Stimmen abgelehnt. (Beifall im Zentrum.)

Paris, 12. Dez. Gestern fand hier eine **Massenversammlung** der sozialistischen Partei als **Sympathiekundgebung** für die **russischen Revolutionäre** statt. Die sozialistischen Abgeordneten Rouanet, Vaillant, Sembat, de Pressensé und Jaures hielten **flammende Reden** für die Sache der russischen Revolution. Jaures betonte insbesondere, die Revolution trage einen **internationalen Charakter** und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Zertrümmerung des russischen Throns eine **Erschütterung aller übrigen Throne Europas** hervorrufen werde. An die Zeiten der Dreyfuskrise erinnernd, wo die Nationalisten und Klerikalen die Straße zu beherrschen suchten, schloß er: dank der geeinigten sozialistischen Partei, dank den Arbeitsbörsen, dank der Macht der Berufsgenossenschaften gehört nunmehr die Straße den **freien und selbstbewußten Männern,** die kämpfen, um alle Tyrannei niederzuwerfen und den Triumph der sozialen Revolution vorzubereiten. Die Versammlung nahm einstimmig eine **Tagesordnung** an, wodurch sie den russischen revolutionären Arbeitern, Soldaten und Bauern im heldenmütigen Kampf für ihre politische und wirtschaftliche Befreiung **brüderliche Ermutigung** ausspricht und sich verpflichtet, sie mit allen Mitteln gegen den mörderischen Zarismus zu **unterstützen. Den Regierenden müsse die internationale Verständigung der Arbeiter** entgegen gehalten werden. Die Versammlung begrüßte die allgemeine befreiende soziale Revolution. Schließlich wurde für die russischen Revolutionäre noch eine Geldsammlung veranstaltet und dann trennte man sich unter Hochrufen auf das sozialistische Rußland und unter Absingung der „Internationale".

Briefkasten der Redaktion.

An unsere Korrespondenten und die sonstigen Einsender von Berichten richten wir im Hinblick auf die gleichzeitige Tagung des deutschen Reichstages und des badischen Landtages die dringende Bitte, nur die allernotwendigsten Dinge im Volksfreund einer Besprechung zu unterziehen. Bei Einsendungen handle man nach dem alten journalistischen Grundsatze: In der Kürze liegt die Würze! Kurze und klar abgefaßte Notizen werden eher gelesen, wie Artikel, welche spaltenlangen Raum in Anspruch nehmen.

Konsumvereinsfreund. Die Einsendung enthält manches Wahre; sie wird in einer der nächsten Nummern zum Abdruck gebracht.

R. B. In Baden braucht eine öffentliche Volksversammlung nicht polizeilich angemeldet zu werden.

Emmendingen. Die Sache wird geregelt werden.

Briefkasten der Expedition.

Abonnent hier. Wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage „Darleben betreffend" an das Arbeitersekretariat, Kurvenstraße 19.

Nach Teutsch-Neureuth. Sie beschwerten sich jüngst in einer Wirtschaft bei unserem Filialinhaber über unregelmäßiges Zustellen des Volksfreunds. So berechtigt Ihre Beschwerde sein mag, so möchten wir doch bitten, etwas höflicher unserem Filialinhaber gegenüber zu sein, umsomehr, als es ein öffentliches Lokal war.

Briefkasten des Arbeitersekretariats.

(Bureau: Kurvenstraße Nr. 19, II. Sprechstunden täglich mit Ausnahme des Sonntags von mittags 12—½2 Uhr, am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag auch abends von 5—8 Uhr.)

K. W., hier. Eine im Auslande zu bewirkende Zustellung erfolgt nach § 199 der Z.P.O. mittels Ersuchens der zuständigen Behörde des fremden Staates oder des in diesem Staate residierenden Konsuls oder Gesandten des Reichs. Kommen Sie in die Sprechstunde, um die in der Sache erforderlichen Schritte zu beraten.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Pol. Uebersicht, Bad. Politik, Deutsches Reich, Ausland und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für die Rubriken: Aus der Partei, Soz. Rundschau, Gerichtszeitung, Badische Chronik, Aus der Residenz, Versammlungsberichte, Aus dem Reiche, Vermischtes und Feuilleton: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

Verband der Zimmerer.

Sonntag den 17. Dezember findet im Gasthaus zum „Lamm" in Teutsch-Neureuth 4818

Abend-Unterhaltung

mit Tanz statt, wozu die Mitglieder nebst ihren Angehörigen freundlichst eingeladen sind. Freunde und Gönner des Verbandes sind willkommen. Anfang punkt 4 Uhr.

Der Vorstand.

Sonntag den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im „Auerhahn"

Versammlung

statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. D. O.

National-sozialer Verein Karlsruhe.

Donnerstag den 14. Dezember, abends halb 9 Uhr, in der Brauerei Schrempp, Saal 3 4807

öffentl. Sitzung.

Referent: Dr. Ernst Lehmann-Hornberg.

„Die Flottenvorlage und die Arbeiter".

Freie Diskussion! Jedermann willkommen!

Mieter- und Bauverein Karlsruhe.

e. G. m. b. H.

Auf 1. April k. J. haben wir zu **vermieten:**

Rankestraße Nr. 24	I	St.	eine	ger.	Wohnung	v. 3	Zimm.	u. Zubeh.
Gerwinusstr. Nr. 5	I	„	„	„	„	„ 3	„	„ „
Augartenstr. Nr. 97	I	„	„	„	„	„ 3	„	„ „
Boeckhstraße Nr. 19	III	„	„	„	„	„ 3	„	„ „
Glümerstraße Nr. 7	I	„	„	„	„	„ 3	„	„ „
Kriegstraße Nr. 167	II	„	„	„	„	„ 2	„	„ „
„ **Nr. 171**	II	„	„	„	„	„ 2	„	„ „

Ferner auf sofort oder später:

Glümerstraße Nr. 7 II St. eine geräumige Wohnung von 3 Zimmern und Zubehör. Bewerbungen wollen im Bureau **Ettlingerstraße Nr. 3** bis Montag den 18. d. M. erfolgen. Die Vergebung findet am Dientag, den 19. d. M. abends 8 Uhr im Bureau statt.

Der Vorstand.

Städt. Schülerkapelle.

Die städtische Schülerkapelle begeht ihre **diesjährige Weihnachtsfeier am Sonntag den 17. Dezember, nachmittags halb 3 Uhr** im kleinen Saale der **Festhalle.**

Wir laden hierzu die Eltern unserer Zöglinge, sowie die Freunde und Gönner der Kapelle herzlichst ein.

Saalöffnung 3/4 2 Uhr.

Karlsruhe den 11. Dezember 1905. 4817.2

Die Kommission:
Dr. Gerwig.

Arbeiterbund „Vorwärts" Durlach.

Sonntag den 17. Dezember, abends 7 Uhr, in der **Festhalle**

Weihnachts-Feier

bestehend in **Musik, Gesang, Theater, turnerischen Aufführungen, Glückshafen** und **Baumverlosung.**

Programme berechtigen zum Eintritt. Einführungsrecht gestattet.

Hierzu sind sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Freiwillige Gaben werden am Sonntag in der Festhalle entgegengenommen. 4805

Handels- und Transportarbeiter-Verband

Pforzheim.

Sonntag den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im neu renovierten Lokale zum **„Goldenen Ochsen"** 4814

Weihnachts-Feier

mit Gabenverlosung und Kinderbescherung.

Das sehr reichhaltige Programm enthält **Konzert, Theater, Gesang, humor. Vorträge** (O. Meier) und **Tanz.**

Hierzu laden wir sämtliche Mitglieder, Freunde und Gönner höfl. ein.

4814.2 **Die Ortsverwaltung.**

Offenburg.

Sonntag den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, finden im „Anker" in **Offenburg** und in der „Brauerei Lott" in **Elgersweier**

Protest-Versammlungen

gegen Erhöhung der Steuer und Zoll auf Tabak

statt. Referenten: Genossen **Willi** und **Wolf** aus Karlsruhe.

Tabakarbeiter, Interessenten und Konsumenten erscheint massenhaft in den Versammlungen. 4806

Der Einberufer.

Jöhlingen.

Filialinhaber hiesiger Filiale ist Genosse **Franz Speck,** Mühlstr. 71. Reklamationen über unregelmäßige Zustellung, sowie neue Abonnenten wollen sich an obige Adresse wenden.

Niefern.

Am 1. Dezember hat die hiesige Filiale des Volksfreund Genosse **Emil Schäfer,** Mechaniker, übernommen und wolle man sämtliche Neubestellungen, sowie Reklamationen an denselben gelangen lassen.

Für Weihnachten!

Eingetroffen:

Ein Waggon

Rotwein

guter Tischwein

Liter offen **55** ₰, 1/1 Literfl. **70** ₰ mit Fl.

ferner empfehlen wir

Kaiserstühler Weisswein

guter Tischwein

Liter offen **55** ₰, 1/1 Literfl. **70** ₰ mit Fl.

(unsere leere 1/1 Literfl. nehmen wir mit 15 ₰ zurück)

alle anderen Sorten

Markgräfler, Kaiserstühler, Bordeaux-, Hessische-, Pfälzer-, Rhein- und Moselweine laut Spezialliste.

Schaumweine

	1/1 Fl.	1/2 Fl.
Patent Reihlen	1.90	1.10
Germania-Sekt	2.50	1.45
Kupferberg Gold	3.75	2.20
Burgeff grün	3.75	2.20
Henkell trocken	3.75	2.20

Andere Marken „Oppmann" und „Strub"

laut Spezialliste

bei

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.
Telefon 460, 947 und 1694.

Neue Kurse! **Tages- u. Abendkurse!**

Gewissenhafter Unterricht

in allen kaufmännisch. Lehrfächern und Sprachen

für Herren und Damen

wie einf., dopp., amerik.

Buchführung

kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Wechsellehre

Schönschreiben

(die schlechteste Schrift wird verbessert)

Rundschrift

Stenographie u. Maschinenschreiben

(á Kursus 10—15 Mk.)

Deutsch., französ., englisch., italienisch., latein. Sprach-Unterricht.

Eintritt zu einzelnen Kursen jederzeit.

Kostenlose Stellenvermittlung. Auswärtige erhalten durch mein Vermittlung Schülerkarten

Ausführliche Auskunft u. Prospekt gratis durch die

Handelslehranstalt u. Töchterhandelsschule „Merkur"

Karlsruhe, Lammstrasse 6.

(Ab 1. April Kaiserstrasse 113.)

Leiter: **P. Glässer.** 4809

Am **2. Januar** beginnen **grössere** 2, 3, 4 und 6 monatliche **Kurse.**

Baldgefl. Anmeldung erbeten.

Ein junger Mann

nicht über 16 Jahre mit schöner Handschrift wird zum **sofortigen Eintritt** in unsere Verwaltung **gesucht.** 4810.3

Demselben ist Gelegenheit geboten, sich daselbst mit der Sozialgesetzgebung, besonders der Krankenversicherung, vertraut zu machen.

Selbstgeschriebene Offerten mit Angabe vorausgegangener Tätigkeit an **Allgemeine Pforzheimer Ortskrankenkasse,** woselbst auch Näheres zu erfahren ist.

C. W. Keller,

seit über 40 Jahren am Ludwigsplatz,

empfiehlt für

Weihnachts-Einkäufe:

Damenwäsche, weiss u. farbig,	Herrenhemden weiss u. farbig,	Kinderröckchen,
Hemden,	lein. Kragen,	Jäckchen,
Beinkleider,	Manschetten,	Häubchen,
Nachtjacken,	Unterkleidung,	Käppchen,
Unterröcke,	Taschentücher	Handschuhe,
Schürzen,	Hosenträger,	Strümpfe,
Korsetten,	Krawatten,	Kinderwäsche,
Wollwaren,	Cachenez,	Tragkleidchen,
		Wollwaren.

Fabriklager von { Mey & Edlichs Stoffwäsch, Bleyle's Knabenanzüge.

Sonntagsverkauf von 11—8 Uhr. — Rabattmarken.

Südstadt! Schuhwaren! Südstadt!

Doppelte Spar- oder Familia-Marken

oder

10 Prozent Rabatt

gewähre ich vom **10. Dezember** bis **1. Januar** auf sämtl. **Schuhwaren,** welche ich in **großer Auswahl** von den einfachsten bis zu den feinsten Sorten stets auf Lager habe. Besonders beachtenswert: **Fusswohlstiefel** (D.R.P. 157027 u. 157028) f. **Herren u. Damen.**

Jos. Götz, Mass- u. Reparaturgeschäft, Schützenstr. 44.

Das bekannte Möbelhaus

Holz & Weglein

Kaiserstraße 109 — Telephon 1348

halten ihr

grosses Lager in Klein-Möbel

sowie bei eintretendem Bedarf von

ganzen Aussteuern

bestens empfohlen.

Von **jetzt bis 1. Januar 1906** geben wir bei **sämtlichen Einkäufen,** sowie für **Käufe, deren Ausführung auch später ist** 4808

5% Rabatt!

Pforzheim.

Auf Weihnachten

kauft man 4789

Schuhwaren

am **billigsten** und **besten** bei

J. Dittus, Blumenstrasse 4

Pforzheim.

Gewerkschaftskartell

Karlsruhe.

Donnerstag den 14. Dezember, abends halb 9 Uhr im „Goldenen Adler", Karlfriedrichstraße

Delegierten-Versammlung

Tagesordnung:

1. Innere Angelegenheiten.
2. Kassenbericht vom 3. Quart. 1905 u. Abrechnung vom Winterfest.
3. Wahl eines Kassiers u. Revisors.
4. Weihnachtsbescheerung der durchreisenden und am Orte befindende Gewerkschaftsgenossen.
5. Agitation gegen den Kost- und Logiszwang.
6. Beschlußfassung über die Herausgabe des Jahresberichtes vom Arbeiter-Sekretariat und Gewerkschaftskartell.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen sieht entgegen 4811

Die Kartellkommission.

Apollo-Theater.

Täglich grosse

Variété-Vorstellung.

Anfang wochentags abends 8 Uhr.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

1. Dez.: Lina Anna, V. Ernst Ihler, Eisenbahnschaffner. 6.: Elisabeth, V. Karl Holz, Wagenführer. Maria Josefina, V. Johann Rotter, Schreiner. 7.: Johann Emil, V. Jakob Weber, Schmied. 10: Friedrich Heinrich, V. Friedrich Brandau, Kaufmann. Karl Ludwig, V. Friedrich Heck, Bäcker.

Eheaufgebote:

9. Dez: Adolf Neff von Langenbrücken, Apotheker hier, mit Magdalena Meub von hier. Josef Schneider von Hörden, Stalldiener hier, mit Maria Waidner von Gaisdorf.

Todesfälle:

7. Dez.: Adam Bopp, Schreinermstr., ein Ehemann, alt 63 J. 8.: Cäcilie Oechsler, alt 49 J., Ehefrau des Postschaffners Anton Oechsler. Mathilde, alt 3 J., Vat. Karl Hetzel, Hauptlehrer. Katharine Jesberger, alt 38 J., Ehefrau des Wirts Gustav Jesberger. August Kutz, Soldat, ledig, alt 19 J. Karl Wilhelm, alt 11 M. 14 T., V. Wilhelm Maier, Hausdiener. Jakob Bolz, Gendarmeriezahlmeister, ein Ehemann, alt 55 J. Wilhelmine Warttmann, alt 85 J., Witwe des Landwirts Ludwig Warttmann. 9.: Wilhelm Peter, Privatier, ein Ehemann, alt 80 J.

Wohlfeile Weihnachts-Geschenke!

Hauskleiderstoffe	6 Meter **Kleid** Mk. **1.95**	**Damenhemden,** weiß	2^{50}, 2^{00}, 1^{50}, 1^{10} und **85**
Noppenstoffe, gute Qualität	6 Meter **Kleid** Mk. **2.85**	**Damenhosen,** Velor und Pelz, Piqué	1^{50}, 1^{20}, und **90**
Cheviot, marine bordeaux und schwarz	6 Meter **Kleid** Mk. **3.90**	**Hausschürzen**	1^{25}, 1^{00}, 80, 60 und **45**
Mohair mit Seidenglanz, jede Farbe	6 Meter **Kleid** Mk. **4.85**	**Reformschürzen**	2^{00}, 1^{60}, 1^{40} und 1^{30}
Neuheit, Karo-Geschmack	6 Meter **Kleid** Mk. **5.40**	**Zierschürzen**	1^{00}, 80, 60, 50 und **30**
Cheviot, 110 cm breit, Reine Wolle	6 Meter **Kleid** Mk. **6.30**	**Kinderschürzen**	1^{10}, 80, 50, 45 und **27**

Gebr. Faber Nachfl., Karlsruhe, Kaiserstrasse 82.

4818 — **Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.**